

Beschluss: Auftrag an den Bürgermeister für die Verbandsversammlung beim MAWV -
Auszahlung der Altanschießerbeiträge an alle Betroffenen

Gremium	Sitzungstermin	Status
Gemeindevertretung	08.05.2018	Beschluss

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beauftragt den Bürgermeister, sich bei der nächsten Verbandsversammlung des Märkischen Abwasser- und Wasserzweckverbands (MAWV) für eine Rückzahlung der erhobenen Altanschießerbeiträge an ALLE betroffenen Altanschießer auszusprechen und einzusetzen.

Begründung:

Wie die MAZ am heutigen Tage berichtet, gibt es gute Nachrichten für viele Altanschießer im MAWV-Gebiet. Denn in der vergangenen Woche hat das Oberverwaltungsgericht die Berufung des MAWV bzgl. eines 2016 vom Verwaltungsgericht Cottbus gefällten Urteils abgelehnt. Darin ging es um einen betroffenen Eigentümer in Königs Wusterhausen, der gegen seinen 2011 zugegangenen Altanschießerbescheid geklagt und 2016 vor dem Verwaltungsgericht Cottbus Recht bekommen hat. Nachdem das Oberverwaltungsgericht nun die entsprechende Berufung abgelehnt hat, erklärte der MAWV den Beschluss zu akzeptieren. Daher wolle man bei Eigentümern, deren Bescheide durch Widersprüche oder Klagen nicht rechtskräftig sind, die Beiträge zurückzahlen.

Es ist für uns aber absolut nicht zu akzeptieren, dass nur jene Eigentümer Rückzahlungen erhalten sollen, deren Bescheide durch eingelegte Widersprüche noch nicht rechtskräftig sind. Auch wenn das juristisch in Ordnung sein mag. Im Sinne der Gerechtigkeit aber fordert die Die Linke/SPD-Fraktion deshalb, dass auch jene Altanschießer, die ihre Beiträge einst ohne erhobenen Widerspruch gezahlt haben, ihre Beiträge wieder zurückerstattet bekommen müssen.

Es ist den Menschen schlichtweg nicht zu erklären, weshalb der eine seine Beiträge zurückbekommt; der Nachbar aber womöglich nicht. Nur weil dieser damals ohne Widerspruch gezahlt hat. Eine solche Unterscheidung trägt nicht zur Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft und in unserem Miteinander in den Gemeinden bei, sondern schürt stattdessen den weiteren Frust vieler Menschen auf Politik und Verwaltung. Deshalb fordern wir, dass sich der Bürgermeister in der Verbandsversammlung dafür stark macht, dass alle betroffenen Altanschießer ihr Geld zurück erhalten.